

BERUFSSCHULE, STIEFKIND DER POLITIK?

Die folgenden Zeilen stellen keine Abrechnung mit dem aktuellen politischen System dar, sondern den Versuch, einen Nachdenkprozess über die Verbesserung der Lehrlingsausbildung im Allgemeinen und an der Berufsschule im Besonderen zu unterstützen!

Der Autor wendet sich mit dem folgenden Artikel vor allem an die aktive und pensionierte „Berufsschulgemeinde“!

Bewusst werden Themenbereiche wie Dienst- und Besoldungsrecht ausgeblendet, weil die zuständige Gewerkschaft - für mich nachvollziehbar in den letzten 45 Jahren - für ihre Mitglieder eine sehr positive Arbeit geleistet hat. Am Beispiel der Gehaltsentwicklung, der KlassenschülerInnen- und Gruppenzahlen, der Lehrverpflichtungen im BS-Bereich und verschiedenen anderen Verbesserungen kann die vorangegangene Behauptung bewiesen werden.

Leider kann diese positive Entwicklung bei der entscheidenden Rahmenbedingung für den BS-Unterricht – der Unterrichtszeit - generell und speziell in den Tourismuslehrberufen sowie in Teilbereichen des Einzelhandels nicht festgestellt werden. Ich möchte dies an zwei aktuellen Entwicklungen erläutern. Natürlich sind dem Autor, einem Zeitzeugen der österreichischen Berufsschulentwicklung, Fortschritte wie die Einführung des „Leistungsdifferenzierten Unterrichtes“ mit der Berechtigung zum Förderunterricht, Senkung der KlassenschülerInnenhöchstzahl usw. bis zur kostenfreien Teilnahme von Berufsschülerinnen und Berufsschülern an den Vorbereitungslehrgängen zur Ablegung einer Teilprüfung zur Berufsreifeprüfung bewusst.

Die "Stiefkindposition" der Berufsschule im Konzert der öffentlichen Schulen der Sekundarstufe II kann aber sehr genau an der Berufsschulzeit dargestellt werden.

Berufsschulzeit und ihre Entwicklung

Die Berufsschulzeit wurde für Lehrberufe des Elektro- Metall- und Bürobereiches durch eine Lehrplanverordnung im Jahre 1990 um 180 bzw. im Hochtechnologiebereich um 300 Unterrichtseinheiten vermehrt. Dies war auch der Start für die „Berufsbezogene Fremdsprache“/Englisch als Pflichtgegenstand an den Berufsschulen und einer zusätzlichen geringfügigen Schulzeiterweiterung.

Ein bildungspolitischer Schritt, der damals nicht die volle Unterstützung der LehrerInnenschaft österreichweit hatte. Vehement lehnte aber die Bundeswirtschaftskammer diese Lehrplanverordnung ab und beschritt den Klageweg. Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes führten 1995 zu einer SCHOG-Novelle (die übrigens im NR einstimmig beschlossen wurde), die den Fremdsprachenunterricht sowie „Deutsch und Kommunikation“ für die zukünftigen Berufsschülerinnen und Berufsschüler gesetzlich fixierte.

Bei den folgenden Lehrplänen wurden wohl die Sprachgegenstände verordnet, aber nicht in allen Lehrberufen die Erweiterung der Berufsschulzeit um die 180 auf insgesamt 1260 Unterrichtseinheiten. Wieder war der Einfluss der Bundeswirtschaftskammer, der Länder-

Wirtschaftskammern und vor allem der Spartenvertretungen wirksam und es wurden in einigen dreijährigen Lehrberufen wie z.B. KonditorenInnen, nur 1200 UE oder im gesamten Einzelhandel 1080 - 1260 UE verordnet. Die Lehrberufe des Tourismusbereiches behandelte man überhaupt stiefmütterlich, alle Versuche der Vergangenheit bis heute, diesen Lehrberufen auch 180 UE mehr an Schulzeit zu gestatten, wurden abgeschmettert.

Man muss kein Fernsehkoch sein, schon für mich als Konsument stellt sich die Frage nach der Chance für die jungen Auszubildenden die Geheimnisse der klassischen und modernen Kochkunst zu erlernen. Von der "Gesunden Küche" bis zur „Diätküche" wäre sicherlich eine Palette von sinnvollen schulischen Zusatzangeboten für Kochlehrlinge in einem Tourismusland möglich.

Die Situation der Berufsschulzeit im Einzelhandel halte ich ebenfalls für dringend reformbedürftig: Beim Wiener Landeslehrplan wurde die Bandbreite der Rahmenlehrplanverordnung mit 1260 UE voll ausgeschöpft; in den anderen Bundesländern erhalten im Regelfall nur SchülerInnen in Klassen von Großbetrieben (die üblicherweise auch in den Betrieben die Lehrlinge mit Zusatzunterricht fördern) dieses Angebot, die Schülerinnen und Schüler von Kleinbetrieben erhalten mit 1080 (bzw. 1100) UE das Mindestangebot.

Verschiedene Untersuchungen, (z. B. ein Monitoring der AK aus dem Jahr 2014) beweisen die dramatischen Auswirkungen der Ausbildungssituation auf den Erfolg der Lehrausbildung. In verschiedenen Branchen - vor allem aber in der Tourismusbranche - gibt es atypisch viele LehrabbrecherInnen und negative Lehrabschlussprüfungen. Umso erfreulicher ist es, dass die Bundesregierung zumindest in diesem Teilbereich der Berufsschule programmatisch gegensteuert!

Arbeitsprogramm der Bundesregierung von 2013 - 2018, Seite 43

„Ziel: Gleiche Zahl an Ausbildungsstunden für alle Lehrlinge.

Herausforderung: Unterschiedliche Anzahl an Ausbildungsstunden.

Maßnahme: Es soll im Einvernehmen mit den Sozialpartnern für alle Lehrberufe mindestens 1.260 Ausbildungsstunden an Berufsschulen geben. Die Verteilung orientiert sich am Berufsbild.“

Die politische Handlungskompetenz zur Berufsschulzeiterweiterung liegt somit eindeutig bei den Sozialpartnern!

Aus sicherer Quelle weiß ich, dass die Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek um die Zustimmung der Sozialpartner ringt. Leider lag diese von der Bundeswirtschaftskammer bis Ende Jänner noch nicht vor. Die Verantwortung für die jahrelangen erfolglosen Verhandlungen, um die teilweise minimale Stundenanpassung in einigen wenigen Lehrberufen, liegt meines Erachtens allerdings schwerpunktmäßig bei den jeweiligen Spartenvertretungen!

Die aktuelle „Stillstandssituation“

Im Gegensatz zur aktuellen Lehrplansituation in der Tourismusbranche konnte der Autor dieser Zeilen in jüngster Zeit mehrmals qualitätsvolle Wortmeldungen des zuständigen Präsidenten, Dr. Leitl, zum Thema Bildung im ORF oder in den Qualitätszeitungen genießen.

Die Idee der Anpassung der Berufsschulzeit für alle dreijährigen Lehrberufe auf 1260 scheidet offensichtlich schon in den Gremien der jeweiligen Branche und/oder wird wahrscheinlich mit anderen "Belastungen" verquickt. Ich vermute, dass im Gastgewerbe die Registrierkasse, das Rauchverbot und der behindertengerechte Eingang beim Thema Lehrlingsbildung mitdiskutiert wird und dann könnte die gesamte Lehrlingsausbildung aus Kostengründen infrage gestellt werden.

Vielleicht irre ich aktuell! In meiner beruflichen Zeit erlebte ich es leider mehrmals, dass kleine Veränderungen zugunsten des Berufsschulunterrichtes von den zuständigen Funktionären der Branche mit der Bereitschaft, auch weiterhin Lehrlinge auszubilden, unsachlich junktimiert wurden.

Sichtweise der Betroffenen

Viel kritischer als die Lehrberechtigten der Tourismusbranche sahen Kärntner Lehrlinge der Fachberufsschule für Tourismus ihre Ausbildungssituation in den Lehrbetrieben und in der zuständigen Berufsschule. Sie analysierten, strukturierten die an beiden Lernorten erlebten Rahmenbedingungen und stellten dann entsprechende Forderungen zur Verbesserung der Lehrlingsausbildung auf. Für ihre Ideen sammelten sie 4 000 Unterstützungsunterschriften und übergaben die Forderungen als parlamentarische Bürgerinitiative in der Säulenhalle dem Parlamentsdirektor. Schließlich demonstrierten sie vor dem Parlament und am Wiener Stephansplatz für ihr Anliegen.





Eine Demonstration in Klagenfurt und die Übergabe ihrer Forderungen an Vertreter der AG und AN organisierten sie ebenfalls selbstständig!

Ein Projekt der Sonderklasse, das ich in meiner gesamten Berufslaufbahn nie erlebte. Zu dieser Form der praktischen Politischen Bildung möchte ich auch an dieser Stelle allen Beteiligten gratulieren. Genauere Informationen finden Interessierte auf der Homepage der FBS: <http://www.fbs-warmbad.at/index.php/bilder/2014/buergerinitiative-lehrlingsausbildung!>

Die parlamentarische Bürgerinitiative der Kärntner SchülerInnengruppe enthält auch eine bemerkenswerte Passage zur Berufsschulzeit und deren Organisation:

"Wir Berufsschüler haben pro Lehrjahr einen Berufsschullehrgang im Ausmaß von 8 Wochen zu absolvieren. Aufgrund der komprimierten Unterrichtszeit müssen wir täglich 9 bis 10 Unterrichtsstunden bewältigen. Für Übungs- und Lernzeiten verbleiben uns somit nur noch die Abendstunden, bzw. die Wochenenden. Wir kennen keine andere berufsbildende Schulsparte, welche einen solcherart konzentrierten täglichen bzw. wöchentlichen Unterrichtsanteil aufweist."

Ausgehend von dieser Analyse fordern die Schülerinnen und Schüler eine Verlängerung der Lehrgänge auf 12 Wochen bei gleichzeitiger Absenkung der täglichen Unterrichtszeit für Pflichtgegenstände auf 7 Stunden!

So verständlich die Forderung für Lehrpersonen mit Unterrichtserfahrung in der 8. bzw. 9. Unterrichtseinheit des Tages klingt, so ablehnend werden WirtschaftsvertreterInnen dieser Forderung gegenüber stehen. Eine radikale Verbesserung des Schulklimas mit Chancen für einen effizienten Förderunterricht und Möglichkeiten für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler durch fachliche und allgemeinbildende Zusatzangebote - bis hin zu Vorbereitungskursen auf die Teilprüfung zur Berufsreifeprüfung - zu fordern, werden die

VertreterInnen der Lehrbetriebe zwar begrüßen, aber trotzdem einer derartigen Änderung die Zustimmung verweigern.

Diese realistische Perspektive wurde in verschiedenen Kreisen diskutiert und führte letztendlich zur Gründung einer überparteilichen Initiativgruppe von berufstätigen und pensionierten Expertinnen und Experten aus dem Dualen System.

Zur Unterstützung der Schülerinnen und Schüler wurde auch eine eigene Homepage eingerichtet (erstellt von Wiener SchülerInnen der BS für IT), die ihre Ideen einem größeren Personenkreis näher bringen soll. Letztendlich sollte eine hohe Zahl von elektronischen Unterstützungserklärungen auf

<http://www.bildungsgerechtheitauchfürlehrlinge.at/>

den parlamentarischen Prozess vorantreiben!

Aktuelle Situation der organisatorischen Gestaltung des Berufsschulunterrichtes

Nach mehreren Jahren der Pension kann es schon sein, dass ich nicht alle positiven Beispiele einer Absenkung der täglichen Unterrichtszeit bei gleichzeitiger analoger Vermehrung der Unterrichtstage österreichweit kenne. Ich konzentriere mich deshalb auf Wiener Beispiele.

Im Büro – und Einzelhandelsbereich besuchten die Wiener Lehrlinge an zwei Halbtagen pro Woche die zuständige Fachberufsschule. Zwei Fahrzeiten vom Betriebsort zur Schule wurden somit auf die Arbeitszeit angerechnet.

Die WirtschaftsvertreterInnen verlangten eine Umstellung dieser Organisationsform auf ganztägigen Unterricht. Mit der Erweiterung der Berufsschulzeit ergab die Diskussion mit den Sozialpartnern folgendes Verhandlungsergebnis: 2 Berufsschultage in der 1. Schulstufe, 1 Berufsschultag in der 2. und 3. Schulstufe mit jeweils 8 Unterrichtseinheiten für Pflichtgegenstände. Im Regelfall wird von den Schülerinnen und Schülern ein Freigegegenstand (Englisch) gebucht.

Ab den 90er Jahren war der dringende Wunsch der GewerbevertreterInnen der Wiener Wirtschaft, die Berufsschulorganisation auf Lehrgänge umzustellen. Vor allem in „Baustellenberufen“ wurde jahrelang über eine optimale Organisationsform mit den Sozialpartnern verhandelt, mit folgendem Ergebnis in einigen Lehrberufen:

Umstellung auf gesplittete Lehrgänge, der einzelne Schultag wird mit 8 Unterrichtseinheiten für Pflichtgegenstände begrenzt; Förderunterricht und Freigegegenstände sowie „Bewegung und Sport“ konnten ab der Umstellung optimaler organisiert werden.

Nur zum Vergleich: Im Lehrberuf „Installations- und Gebäudetechnik“ besuchen Lehrlinge in Wien 32, in NÖ 30 und in der ST 28 Wochen die zuständigen Fachberufsschulen.

Im KFZ-Bereich ergibt eine spezielle Organisation die Chance auf Sportunterricht in der 1. Schulstufe und auf 8 Unterrichtseinheiten für Pflichtgegenstände in der 2. – 4. Schulstufe.

Im IT-Bereich ergaben die Verhandlungen mit den Sozialpartnern an einer BS folgende Organisationsform: Durchgängig über alle Schulstufen einen bis zwei wöchentliche Schultage mit fünf bis sieben Unterrichtseinheiten für Pflichtgegenstände und eine spezielle Blockeinteilung für den Laborunterricht.

Abschließend ein Beispiel einer Organisation, die mit den Lehrbetrieben, den Sozialpartnern und den Schulerhaltern (Bund und Land) vereinbart wurde. Für mich als Berufspädagogen wäre diese Form der Idealfall und wurde schon in den 70er und 80er Jahren in verschiedenen

Junglehrkräftezirkeln geträumt und vor mehr als 25 Jahren als Schulversuch entwickelt und genehmigt:

An der Berufsschule für Verwaltungsberufe - als „Leuchtturm in der Schullandschaft“ im Kurier vom 7. Juni 2015 beschrieben -, werden die Lehrlinge der Gemeinde Wien und anderer kommunaler Lehrbetriebe ausgebildet. Die gesamte Lehrzeit (3 Jahre) besuchen die Jugendlichen an zwei Tagen in der Woche die Berufsschule. Ein Berufsschultag umfasst sieben Unterrichtseinheiten und daher werden von den Jugendlichen zusätzlich Freigegegenstände gewählt oder das Angebot eines Förderunterrichts gerne angenommen. Die Freigegegenstandspalette ist breit gefächert: von Deutsch über Fremdsprachen, Demokratiewerkstatt bis hin zu Bewegung und Sport.

Die 1680 Ausbildungsstunden in der Berufsschule ermöglichen weiters, eigene Berufsreifeprüfungsklassen zu führen, - dafür wurde die Berufsschule als Modellschule der Arbeiterkammer Wien ausgezeichnet - , eine Reihe an Zusatzzertifikaten zu erlangen oder Theaterprojekte durchzuführen. Die intensive Betreuung der Jugendlichen durch den Klassenvorstand und die Klassenlehrkräfte an zwei Berufsschultagen lässt kaum Drop-Outs zu. Die Lehrlinge werden bestens auf die Lehrabschlussprüfung vorbereitet, treten zur Prüfung an und die Erfolgsquote ist sehr hoch.

Politischer Realismus

Natürlich wird die Kärntner SchülerInneninitiative nicht sofort in eine Verbesserung des Schulzeitgesetzes münden. Aber eine Diskussion des Nationalrates über den § 10 Abs. 8 des Schulzeitgesetzes können die Betroffenen schon erwarten. Letztendlich müsste die Obergrenze der Unterrichtsstunden der Leistungsfähigkeit der SchülerInnen angepasst werden und nicht den ökonomischen Zielsetzungen der Lehrbetriebe.

Eine faire Sozialpartnerschaft käme sicher zu einem Ergebnis, das vergleichbar ist mit den täglichen Unterrichtsbelastungen der SchülerInnen in anderen Oberstufenformen der Allgemein- und Berufsbildung.

Bei der Erhöhung der Berufsschultage, auf der Basis einer Reform des Schulzeitgesetzes, könnte nach dem Modell der letzten BAG-Novelle ein Kompromiss gesucht werden.

Die Sozialpartner beweisen die Fähigkeit zur Problemlösung in vielen anderen Wirtschafts- und Sozialbereichen. Warum sollten sie an so einfachen Bildungsfragen, wie der Erweiterung der Berufsschulzeit im Einzelhandel oder bei den Tourismuslehrberufen scheitern? Die Reform des für die Berufsschulen relevanten Schulzeitgesetzes sollte aus meiner Sicht auch von den Sozialpartnern vorbereitet werden, sodass eine zügige Bearbeitung im Nationalrat ermöglicht wird.

Werte Leserin, werter Leser! Sollten Sie an einer breiten politischen Diskussion interessiert sein, so unterstützen Sie uns nicht nur persönlich elektronisch auf unserer Homepage,

<http://www.bildungsgerechtigkeitauchfürlehrlinge.at/>

sondern überzeugen Sie auch möglichst viele Menschen von der Notwendigkeit dieser Vorgangsweise, um einer Gesetzes- bzw. Verordnungsänderung zum Thema: “Berufsschulzeit“ näher zu kommen!